



Mainz, 13. Juli 2020

Stellungnahme

des Senats der Johannes-Gutenberg-Universität Mainz zur aktuellen Finanzlage Studierender

Angesichts der Corona-Pandemie appellierte der Senat der Johannes Gutenberg-Universität Mainz (JGU) in seiner Sitzung am 3. Juli 2020 an die politisch Verantwortlichen, die regelhafte Studienfinanzierung nochmals zu überdenken. Die BAföG-Förderung sei aus der Nische der Sozialleistungen herauszuholen. Studierende sollten sich nicht das ganze Studium über mit der Finanzierung belasten, sondern sich ganz dem Studium widmen können. Kein Studium dürfe an Geldmangel scheitern. Die Stellungnahme im Wortlaut:

Deutschland steht in der aktuellen Corona-Pandemie vor gesellschaftlichen Herausforderungen unbekanntes Ausmaßes. Nie zuvor waren die Einschnitte im gesellschaftlichen Leben aufgrund einer Pandemie so weitreichend, die Folgen für die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt so gravierend.

Auch viele der rund drei Millionen Studierenden in Deutschland leiden wirtschaftlich unter den Folgen der Corona-Pandemie, denn sie sind auf geringfügige Beschäftigungen neben dem Studium angewiesen, um ihren Lebensunterhalt zu finanzieren. Viele solcher Nebenjobs sind durch die Pandemie weggefallen und entsprechende Arbeitsverträge wurden nicht verlängert. Andere leiden darunter, dass das Einkommen der Eltern reduziert ist oder gar entfällt. An ein regelhaftes Studium ist in dieser Situation kaum zu denken. Es besteht die berechtigte Sorge, dass viele Studierende ihr Studium aus finanziellen Gründen abbrechen müssen, einige haben es schon getan.

Wir begrüßen zwar, dass der Bund erste Schritte unternommen hat, dieser gravierenden Situation entgegenzukommen. Kredite sind dabei jedoch kein geeignetes Instrument. Es ist nicht akzeptabel, dass sich ausgerechnet die bereits finanziell in Not geratenen Studierenden auch noch verschulden müssen und ihren Studienabbruch so unter Umständen nur nach hinten verschieben. Zudem ist die maximal zu erhaltende Unterstützung des KfW Studienkredits mit 650 Euro pro Monat angesichts der Lebenshaltungskosten vieler Hochschulstandorte weder angemessen noch ausreichend.

Auch die Aufstockung des Nothilfefonds der Studierendenwerke und die Überbrückungshilfen für Studierende können die finanzielle Notlage der Studierenden nicht angemessen abfangen: So ist einerseits die zur Verfügung gestellte Summe von 100 Millionen Euro angesichts der Anzahl der betroffenen Studierenden bei weitem zu gering.



Andererseits sind die Überbrückungshilfen mit maximal 500 Euro pro Monat schlicht nicht ausreichend, Studierenden in Not ihre Existenzgrundlage zu sichern.

Wir appellieren daher an die politisch Verantwortlichen, sich der finanziellen Realität eines großen Teils der Studierenden zu stellen und die getroffenen Regelungen nochmals zu überdenken. Dies betrifft neben der konkreten Situation in der Corona-Pandemie auch die regelhafte Studienfinanzierung. Im Grundsatz müsste die BAföG-Förderung aus der Nische der Sozialleistungen herausgeholt werden und so gestaltet werden, dass Studierende sich nicht das ganze Studium über mit der Finanzierung belasten und nicht gezwungen sein müssen, Nebenjobs auszuführen, sondern sich ganz dem Studium widmen könnten.

Klare Aussagen und konkrete, umsetzbare Hilfen für die in Not geratenen Studierenden sind erforderlich, damit kein Studium aus Geldmangel abgebrochen werden muss. Es darf nicht zugelassen werden, dass im Rahmen der Corona-Pandemie existierende Bildungsungleichheiten aufgrund der sozialen Herkunft noch verschärft werden. Stattdessen plädieren wir für politische Maßnahmen, die sich durch ein Maß an Pflichtbewusstsein und Solidarität kennzeichnen, das in Krisenzeiten wie diesen so dringend benötigt wird.

Kein Studium darf an Geldmangel scheitern! Unsere Gesellschaft braucht die Studierenden. Ihre Zukunftsperspektive gilt es zu sichern, denn sie schaffen die Zukunft nach der Krise.

Kontakt:

Sascha Barth

Präsidialbereich

Johannes Gutenberg-Universität Mainz

55099 Mainz

Tel.: +49 6131 39-22305

E-Mail: praesidialbereich@uni-mainz.de